

**Bericht zum Kongress „Antifa in der Krise?!“ vom 11. - 13. April 2014 in
Berlin**

Information aus der Landesvorstandssitzung vom 2. Mai 2014

Information:	Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen nimmt den Bericht zur Kenntnis.
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
Weitere Maßnahmen:	-
Finanzen:	-
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	-
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

f.d.R.

Dresden, den 2. Mai 2014



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

TU Berlin, mitten in der Hauptstadt und rein vom Gebäudezustand her ein Zeichen dafür, was in der Bildungspolitik dieses Staates falsch läuft: während draußen Autos auf einer 3-spurigen Chaussee mit perfektem Asphalt vorbei brausen, sitzt man drin in Hörsälen, die seit mindestens 30 Jahren oder mehr viele Generationen von Student_innen gesehen haben und durch diese mehr als verlebt wurden. Gute Lernbedingungen sehen anders aus im 21. Jahrhundert. Alles ist alt, abgenutzt, runter gekommen.

Zu einem Kongress einer linken Gegenbewegung zum allgemeinen gesellschaftlichen Mainstream aber, passt das Ambiente irgendwie dann doch ganz hervorragend. Und deshalb will sich auch niemand beschweren, als im bis auf den letzten Platz und ein bisschen darüber hinaus gefüllten Hörsaal am Abend des 11. April der Kongress „Antifa in der Krise?!“ beginnt, initiiert und organisiert von der Interventionistischen Linken. Antifaschist_innen aus 11 Ländern Europas sind extra angereist, um sich unter dem mehrdeutigen Motto an drei Tagen zu verständigen. Ziel soll sein, endlich nach vielen Jahren, wieder eine Strategiedebatte in der Bewegung auszulösen. Das, soviel kann vorweg genommen werden, ist auf jeden Fall gelungen.

Wie schon angedeutet, war das Motto von vornherein mehrdeutig gemeint. Zum einen, ganz im Wortsinne: Ist die Antifa als Bewegung in einer Krise? Speziell nach dem Auffliegen von NSU? Oder weil es ein vermeintliches Nachwuchsproblem gibt? Und wohin kann sich Antifa – auch nach großen Erfolgen wie in Dresden – weiter entwickeln?

Zum Anderen gemünzt auf „die Krise“ im ökonomischen Sinne: Wie verhält sich und wie sollte sich Antifa in Zeiten der ökonomischen Krise des wirtschaftlichen Systems verhalten? Und welche Effekte hat die Krise auf genau die Phänomene, denen sich Antifa entgegen stellt: extreme Rechte, Rechtspoulist_innen, Nationalismus, Chauvinismus, etc.? Ist das vermeintliche erstarken rechter Parteien ein Symptom der Krise oder ist sie selbst die Ursache oder fällt das eine nur zufällig mit dem anderen zusammen?

Über all das ist in vielen verschiedenen Workshops gesprochen worden und natürlich kann dieser Bericht nur Aspekte des Gesamten widerspiegeln. Im Ergebnis wird er viele Fragen enthalten und wenige Antworten. Das mag auf den ersten Blick unbefriedigend wirken, ist aber aus meiner Sicht eines der wichtigsten Ergebnisse dieser drei Tage in Berlin: es wurden endlich die wesentlichen Fragen in den einzelnen Bereichen gefunden, ausgesprochen, mitgenommen. Nun kann mensch sich ihnen stellen – ob allein oder in der Gruppe. Es gilt, Prozesse anzuschieben und neue Wege zu finden. Doch dazu muss mensch erst wissen, wonach zu suchen ist und wo es hingehen soll. Und dies ist mit den aufgeworfenen Fragen nun deutlich klarer zu umreißen.

Bevor es aber los ging, gab es noch eine, technisch nicht sehr gut aufgestellte, Liveschalte zu einem ähnlichen Kongress in Athen. Für wenige Minuten wurde aus der griechischen Hauptstadt berichtet, wo Angela Merkel ja auch gerade zu Besuch war, bevor mensch sich – nicht ohne gegenseitiger Solidaritätsbekundungen – wieder verabschieden musste.

So ging es also schon beim Auftaktpanel am Freitagabend vornehmlich um viele Fragen. Auf dem Podium saßen neben dem Moderator vier Menschen aus unterschiedlichen europäischen Nationen, die jeweils Expert_innen für die Situation mit der extremen Rechten in ihrem Land sind. Eine Vertreterin kam aus Ungarn und berichtet von dort vor allem über Jobbik, eine andere Vertreterin berichtete über Schweden und die Sverignedemokratana. Zudem waren zwei Menschen aus Frankreich anwesend, die vor allem über den Front National sprachen und ein Vertreter aus Griechenland, der über die Goldene Morgenröte sprach. In vier Runden ging es knapp zwei Stunden lang um folgende Fragenkomplexe:

Was tut die extreme Rechte im jeweiligen Land, um die ökonomische Krise auszunutzen?

Wen/Welches Klientel repräsentiert die extreme Rechte im jeweiligen Land eigentlich?

Welche Überschneidungen/Zusammenhänge gibt es zwischen den jeweiligen extremen Rechten und dem sogenannten bürgerlichen Mainstream?

Wie ist in den jeweiligen Ländern die linke Gegenbewegung aufgestellt?

Es ist in diesem Bericht nicht möglich, in Gänze die Ausführungen zu replizieren. Deutlich wurde aber, dass eine Pauschalisierung der Gründe für das Erstarken der extremen Rechten in allen vier Ländern unzulässig sein muss. Während in Ungarn die Stärke von Jobbik (gekoppelt auch mit der Stärke der nationalkonservativen Fidesz) einem Prozess geschuldet sei, der schon seit dem Systemzusammenbruch der frühen 1990er Jahre Kontinuitätslinien aufweist, gab es in Schweden

keine ökonomische Krise und dennoch ist – vor allem aufgrund einer weit verbreiteten EU- und Euro-Skepsis ein Erstarken festzustellen. Dagegen ist der Front National seit Jahrzehnten als Partei in Frankreich aktiv und hat sich unter Marine LePen geschickt gewandelt. Hier wird jetzt weniger völkische Ressentiments bedient, denn mehr soziale Forderungen aufgestellt. Dadurch ist ersteres nicht weg, es wird aber überdeckt und so wurde der FN sogar mehrheitsfähig. In Griechenland dagegen, gab es zwar schon immer eine eher rechte politische Landschaft, dort ist das Erstarken der Goldenen Morgenröte aber vor allem – wie jetzt erst herauskam sogar staatlich finanzierte – Krisenreaktion, um aus Sicht der staatstragenden Parteien zum einen der erstarkten linken Opposition ein Gegengewicht entgegen zu setzen, zum anderen die Zustimmung zu den bürgerlichen Parteien zu erhalten. Sie haben quasi eine Blitzableiterfunktion für die Goldene Morgenröte geschaffen und sie dazu aufgebaut. In Summe zeigte also schon das Auftaktpanel, dass allgemeingültige Aussagen zu einfach wären, um der Realität angemessen zu entsprechen.

In den kommenden beiden Tagen folgten insgesamt fünf Workshopphasen, sowie das große Panel am Samstagabend. Meine Auswahl fiel auf die Workshops zur NSU-Problematik, zu antifaschistischer Geschichtspolitik, zu den Protesten gegen Asylsuchendeneinrichtungen und zu Racial Profiling. In der letzten Workshopphase war ich dann selbst als Referent aktiv, um im Workshop über die Entwicklung von Blockadebündnissen über die Erfahrungen bei und mit „Dresden Nazifrei“ zu berichten.

Da auch hier eine Wiedergabe aller Workshopinhalte zu weit führen würde, nur ein paar kurze Aspekte: besonders erschreckend war der NSU-Workshop, weil hier deutlich wurde, dass die komplette Bewegung die NSU nicht auf dem Schirm hatte. Zwar gab es theoretische Überlegungen innerhalb antifaschistischer Recherchestruckturen, dass die Möglichkeit bestünde, dass Nazis sich in kleinen Gruppen für den bewaffneten Kampf in den Untergrund begeben könnten – allein, geglaubt hat es selbst in der Szene kaum jemensch. Weil es zum einen nicht in das Schema der bislang bekannten Gewalt durch Nazis passte, zum anderen – und hier liegt eines der erkannten Hauptprobleme antifaschistischer Bewegung in Deutschland – weil mensch keinen Kontakt zu den tatsächlich von Rassismus betroffenen Menschen hat. Auch in Berlin wurde mit einem Blick auf die Teilnehmer_innenschaft deutlich, wer sich da trifft: white male antifa (um es mal überspitzt auszudrücken). Die größte Herausforderung für die Bewegung ist also die Überwindung der Spaltung zwischen Antifa- und AntiRa-Arbeit und die Inklusion aller Menschen in die Bewegung. Ein weitere Ausdruck für die aktuelle Lage in Deutschland waren die Berichte im Workshop zu den Protesten gegen Asylsuchendeneinrichtungen, bei dem vor allem die Geschehnisse aus Berlin-Hellersdorf schockierten.

Im – für DIE LINKE. als Mitglied im Bündnis „Dresden Nazifrei“ von besonderer Relevanz – Workshop zu den Blockadebündnissen wurde noch einmal deutlich, wo das Spannungsfeld aus Sicht der Antifa-Bewegung in der Arbeit in solch großen, spektrenübergreifenden Bündnissen liegt. Das verständliche Bedürfnis, nicht mit solchen Gruppen zusammen zu arbeiten, die selbst immer wieder Ausgrenzungspolitik betreiben oder innerhalb ihrer Strukturen Antisemitist_innen dulden (angeführte Beispiele waren: Schneeberger Bürgermeister, „Heimatschützer Martin Dulig“, Sarrazin) versus der Erkenntnis, nur in großen Bündnissen entsprechend nötige Ressourcen für erfolgreiche Großaktionen des antifaschistischen Widerstandes zur Verfügung zu haben. Das Fazit kann dann nicht neu erscheinen: für autonome Antifaschist_innen muss bei der Mitarbeit in solchen Gruppen immer klar sein, letztendlich darüber den eigenständigen (also autonomen) Charakter nicht zu verlieren und die eigene Kritik an den Bündnispartner_innen nicht hinten an zu stellen. Für DIE LINKE. Kann das heißen, hier eine Schlüsselposition einnehmen zu können. Aktuell ist sie nach meinem Eindruck als einzige Partei weitreichend in der antifaschistischen Bewegung akzeptiert, auch wenn antisemitische Positionierungen von Genoss_innen hier immer wieder zeitweilig Erreichtes gefährden. Anders aber als der SPD oder den Grünen, als den klassischen weiteren Bündnispartner_innen in großen Bündnissen aus dem Parteienspektrum, wird der LINKEN weder Scheinheiligkeit in der Asylpolitik oder in Fragen von Kriegseinsätzen oder gar in ihrem antifaschistischen Grundkonsens vorgeworfen. Hier ist DIE LINKE innerhalb der Bewegung als einzige Partei glaubhaft – ein Plus, das genutzt werden sollte, zum Beispiel um aktive Antifaschist_innen für die Partei zu gewinnen. Dafür allerdings, müssten ab und an auch wieder

radikalere Positionen aufgegriffen und zumindest diskutiert werden. Für Sachsen und Dresden zum Beispiel wäre das eine sehr viel deutlichere Kritik an Gedenkkultur und Opferfixierung der Sächsischen Staatsregierung im Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 und das konsequente Fernbleiben aller Parteebenen von jeglichen Gedenkveranstaltungen, die genau diesen Opferkult jährlich replizieren (z.B. Heidefriedhof).

Abschließend noch ein paar Bemerkungen zum Abschlusspanel, in dem die Hauptfragen des Aspektes „Ist die Antifa als Bewegung in einer Krise?“ behandelt wurden. Beruhigen ist sicher, dass mensch nicht von einem Nachwuchsproblem reden kann – auch aktuell wenden sich immer wieder auch junge Menschen der antifaschistischen Bewegung zu, wenn auch mit anderen Motivationen als das vielleicht in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war. Die zu beantwortende Frage aber ist: warum, in Zeiten von NSU-Morden und Erstarken von AfD und Co, wird die Bewegung zahlenmäßig nicht größer? Vielmehr verharrt sie gefühlt (statistische Erhebungen sind logischer Weise nicht möglich) bei dem stets gleichen Anteil der Gesamtbevölkerung. Und warum reißen uns die Menschen außerhalb der Antifa nicht unsere Analysen und Erkenntnisse förmlich aus der Hand, jetzt wo spätestens die NSU bewiesen hat, dass die Gefährlichkeit von Nazis real ist? Warum wird trotz NSU links und rechts immer noch gleichgesetzt obwohl man den Unterschied auf eine einfache Formel reduzieren könnte: Nazis benutzen Schusswaffen und jagen gezielt Menschen, hat jemensch aber schon mal von einem Antifa-Erschießungskommando gehört? Warum also sind wir als Expert_innen nicht anerkannt?

In Summe war der Kongress ein voller Erfolg, so zumindest mein Fazit. Nun gilt es, den ins Rollen gebrachten Stein auch am Rollen zu halten. Sachsen und speziell Dresden, dass immer wieder in diesen drei Tagen Berlin als positives Beispiel für gute antifaschistische Arbeit angeführt wurde, könnten hier einen weiteren Schub setzen und mit einem etwas kleiner angesetzten Kongress einen Teilaspekt der aufgeworfenen Fragen heraus greifen. Zum Beispiel, die Diskussion um die Frage, was wir eigentlich mit Blockadebündnissen machen, wenn zwar die Nazis noch aktiv sind, aber keine Großdemos zum Blockieren mehr veranstalten? Wir können wir die Bündnisse weiter entwickeln, ohne das die Bündnispartner_innen ihre eigenständigen politischen Profile verlieren und was können potentielle Zielsetzungen sein? Auch hier also: Fragen über Fragen. Es ist Zeit, Antworten zu suchen!